

Alljährlich errichtet die Friedensbewegung nahe der US-Luftwaffenbasis Ramstein ein Protestcamp. Doch dieses mal ist alles anders. Seit dem NSA-Skandal nimmt das Misstrauen zwischen den Soldaten und der Bevölkerung zu. Die Protestler hoffen nun auf neue Unterstützer.



Was geht vor sich in der US-Luftwaffenbasis Ramstein? Damit davon nichts nach außen dringt, bleiben Soldaten in der Kaserne. Hier entstehen neuerdings sogar Shoppingmalls.

Foto: dpa/Ronald Wittek

## Eingemauert in Ramstein

Früher war man skeptisch gegenüber der Friedensbewegung. Kippt die Stimmung in der Bevölkerung?

Seit die US-Streitkräfte sich in der Air-Base Ramstein einigeln, wendet sich die Stimmung in der Bevölkerung gegen sie. Die Friedensbewegung hofft auf neue Unterstützer.

Von Hans-Gerd Öfinger

Als die Amerikaner in Vietnam kämpften, ließen die Soldaten hinter der Mauer der Air-Base Ramstein sich die Haare lang wachsen. Sie kifften und träumten gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung vom Frieden.

Heute nicht mehr. Aktivisten aus der Region um Kaiserslautern, die seit Montag fünf Kilometer von der Air-Base entfernt wie jedes Jahr ein Protestcamp errichtet haben, berichten vom »Insourcing«. Die Soldaten und ihre Familien schotten sich ab. »Das Armeefußvolk darf nicht einmal mehr die Familie mitbringen«, sagt Fee Strieffler, die zusammen mit ihrem Ehemann Wolfgang Jung seit Jahren das Infoblatt »Luftpost – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein« herausgibt. Speziell seit 9/11, den Anschlägen auf die Zwillingstürme in New York gebe es eine Tendenz, sich in der Kaserne einzugeln. Insgesamt umfasst die Kaiserslautern Military Community (KMC) über 50 000 US-Bürger. In ihr herrsche ein fast hysterisches Misstrauen gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Man fürchte sogar, dass den Militärangehörigen durch belanglose Gespräche Dienstgeheimnisse entlockt werden könnten, so Strieffler. »Es ist nicht er-

wünscht, dass Freundschaften geschlossen werden.« Deshalb würden immer mehr Wohnhäuser und Einkaufsmalls direkt auf dem Militärgelände angesiedelt. Kaum ein Militärangehöriger tritt noch vor die Tore der Kaserne.

Es liegt auch daran, dass wirklich niemand weiß, was hinter den Mauern der Kaserne geschieht. Nicht einmal der NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages konnte restlos aufklären, wie genau Ramstein in den Drohnenkrieg der US-Streitkräfte verwickelt ist.

Die Stimmung in der Bevölkerung scheint zu kippen. Gesten der Solidarisation mit der Friedensbewegung hätten zugenommen, berichten Campbewohner. Zwar seien viele Menschen rund um Kaiserslautern noch schwer für eine Friedensdemo zu mobilisieren – das Argument »Wir leben doch alle vom Ami« stecke noch in vielen Köpfen. Doch ein Bauer habe seine von hohen Maisfeldern und Wäldern eingerahmte Wiese kostenlos als Campgelände bereitgestellt. Ein Bäcker spendete Brötchen. Ein Spediteur aus der Umgebung bot ungefragt logistische Hilfe an. Auch funktioniere die Kooperation mit Behörden inzwischen ausgezeichnet. Als die Hamburgerin Gunda Weidmüller vor einigen Tagen mit anderen Campbewohnern in der Dämmerung mit Lichtern zur Air Base zog, spreizten Passanten am Wegrand ihre Finger – das Victory-Zeichen. »Es gab nur ganz wenige Stinkefinger«. In den Jahren zuvor sei das noch anders gewesen, sagt

Weidmüller. Auch hatte eine Friedensausstellung im benachbarten Kottweiler-Schwanden viele Jugendliche ins Camp gelockt.

Dort wartet Hans Sander – das Gedächtnis der regionalen Friedensbewegung. Er war selbst als junger Mann zur Friedensbewegung gestoßen. Das ist allerdings ein paar Jahre her. Sander hatte selbst in den 1970er Jahren bei der US Army gearbeitet. Er erlebte den Zustand der Truppe in der Endphase des Vietnamkriegs hautnah: »Wehrpflichtige und kriegsmüde Soldaten ließen sich aus Protest die Haare über die Ohren wachsen, kifften und begehrten mit aufmüppigen Sprüchen gegen die Army auf«, so Sander. Doch nach Kriegsende wandelte sich die US-Armee zu einem Berufsheer. Nationa-

listische Ressentiments gewannen Oberhand.

Sander erinnert sich noch gut an die Debatte über den Generalstreik gegen Atomraketen in den 1980er Jahren. Auch an die Proteste Anfang der 1990er Jahre, als Ramstein zum zentralen Umschlagplatz der US Army für den ersten Golfkrieg und Kriege in Asien und Afrika wurde. Sander – ein Gewerkschafter – kann nicht nachvollziehen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) noch immer nicht die Schließung der Air-Base fordert. Die US Army sei schon längst kein Jobmotor und Konjunkturfaktor in der Region mehr. Ausscheidende Zivilbeschäftigte aus der Region würden inzwischen durch US-Bürger aus dem Familienumfeld der Militärs ersetzt. Die übrigen Zivilbeschäftigten aus der

Region fänden auf der Air Base miserable Beschäftigungsbedingungen vor. Es würden Hungerlöhne ausgezahlt. »Bespitzelung und gegenseitiges Misstrauen bestimmen den Arbeitsalltag«, so Sander. »Ich kenne Zivilbeschäftigte, die auch gegen die US-Kriegsführung sind. Manche würden gerne mit demonstrieren, haben aber Angst.« Auch andere Teilnehmer kennen kriegsmüde US-Soldaten. Für sie sei die Berufsmarine eine Möglichkeit, in der Gesellschaft aufzusteigen, etwa weil sie ein Studium finanziert. »Die wollen natürlich nicht in Afghanistan sterben«, sagt Protestteilnehmerin Cornelia Burkert-Schmitz. »Die Drohnenkriege machen viele Menschen nachdenklich«, sagt sie. Auch die Sprecherin der Pfälzer Initiative »Entrüstet Euch« nimmt eine steigende Sympathie für die Proteste wahr. »Endlich tut sich was«, so der Tenor bei vielen Menschen.

Ein Grund dafür ist auch, dass die US-Flugzeuge im Landeanflug offenbar im großen Stil Treibstoff ablassen, wie Friedensaktivist Wolfgang Jung sagt. Nach amtlichen Erhebungen sind unter den Einflugschneisen die Krebsrate und der Anteil von Atemwegserkrankungen überdurchschnittlich hoch. Auf dem heutigen Gelände der Airbase soll nach Jungs Vorstellung ein Naherholungsgebiet mit einem großen See entstehen. Dafür müsste die Bundesregierung freilich die US-Streitkräfte bitten, das Land zu verlassen. Das diesjährige Protestcamp wird wohl nicht das letzte gewesen sein.

Die Stimmung in der Bevölkerung scheint zu kippen. Gesten der Solidarisation hätten zugenommen, berichten Bewohner des Protestcamps.



Das Misstrauen gegen die Air-Base in Ramstein wächst.

Foto: dpa/Oliver Dietze

## Eine Relaisstation für den amerikanischen Drohnenkrieg

Ohne die Air-Base Ramstein könnten die Vereinigten Staaten keine Drohnenangriffe fliegen. Die Bundesregierung hat davon Kenntnis – und unternimmt nichts.

Die Ramstein Air-Base ist die größte Einrichtung der US Air Force außerhalb der Vereinigten Staaten. Für den Drohnenkrieg ist sie unverzichtbar.

Von René Heilig

Vor einem Jahr war Bewegung in die Debatte um die US-Luftwaffenbasis Ramstein gekommen. Der US-Botschafter hatte gegenüber der Bundesregierung eingestanden, dass der Militärstützpunkt in Rheinland-Pfalz als Relaisstation für Drohnenangriffe dient.

Damit war bestätigt, was der US-Drohnenoperator Brandon Bryant zuvor im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages ausgesagt hatte. Ramstein sei »die zentrale Relaisstation« für die Steuerung von Kampfdrohnen, hatte er zu Protokoll

gegeben. In Ramstein seien die US-Militärs direkt mit den Drohnen verbunden, die in Pakistan und in Jemen fliegen. Denn die Datenverbindungen mit dem Mittleren Osten und Afrika verlaufen über sichere Standleitungen – Knotenpunkt ist Ramstein. »Wir hätten ohne Ramstein nicht gewusst, wo wir fliegen«, sagte Bryant. Wegen der Erdkrümmung sind die Amerikaner auf eine Auslandsbasis in Europa angewiesen. Die direkte Steuerung der Drohnen vom US-amerikanischen Festland wäre unmöglich.

Die USA hatten immer beteuert, dass von Ramstein aus keine Drohneneinsätze gestartet oder gesteuert werden. Doch das war nur die halbe Wahrheit, wie sich im Sommer 2016 herausstellte. Da verlaublich das Auswärtige Amt über Staatsminister Michael Roth (SPD) im Bundestag,

»dass die globalen Kommunikationswege der USA zur Unterstützung unbemannter Luftfahrzeuge Fernmeldepresenzpunkte auch in Deutschland mit einschließen.« Über die Air Base

»Wir hätten ohne Ramstein nicht gewusst, wo wir fliegen.«

US-Soldat Brandon Bryant

Ramstein würden »Signale weitergeleitet«. Zudem nutze man »Fernmelde-relaisschaltungen, von denen einige auch in Ramstein laufen«. Roth berichtete, dass die US-Partner offen darüber gesprochen hätten, »dass im

Jahr 2015 in Ramstein eine Vorrichtung zur Verbesserung der bereits zuvor vorhandenen Fernmeldeausstattung fertiggestellt worden sei«. Auch seien eine Reihe weiterer Aufgaben für die Planung, Überwachung und Auswertung der unbemannten Luftoperationen hinzu gekommen.

Die Kritiker der Drohneneinsätze waren zunächst zufrieden. Sie hatten nach langem Tauziehen etwas Transparenz erzwungen. Doch die Bundesregierung kümmere die neuen Erkenntnisse wenig – sie unternimmt nichts und begründet es damit, dass ihr die rechtlichen Mittel dazu fehlen.

Theoretisch ließe sich das Treiben in Ramstein jedoch leicht unterbinden. Man müsste nur das NATO-Truppenstatut aufkündigen, das den Aufenthalt von US-Truppen in Deutschland regelt. Solche drasti-

schen Schritte sind nicht zu erwarten. Staatsminister Roth unterstrich gegenüber dem Linksfraktions-Abgeordneten Andrej Hunko: »Aus der bloßen Tatsache, dass Deutschland den USA Gelände für die Luftwaffenbasis Ramstein zur Verfügung stellt, folgt keine allgemeine Verantwortung für alle Einsätze, nur weil für diese relevante Steuerungssignale möglicherweise auch über Ramstein geleitet werden könnten.«

Weitere Fragen sind bislang in der Öffentlichkeit nicht einmal diskutiert worden. Beispielsweise die Nutzung des Computernetzwerks »Distributed Common Ground System«. Es wird seit 2003 von US-Militärs und Geheimdiensten in Deutschland betrieben und dient der Verarbeitung von Daten, die Überwachungsdrohnen weltweit sammeln. Es handelt sich um ein Nervenzentrum geheim-

dienstlich-militärischer Kooperation. Auch für Kampfeinsätze ist es bedeutsam.

Kaum untersucht ist auch das US-Afrika-Kommando (AFRICOM), das sich in Stuttgart befindet und einen Gutteil der geheimen Einsätze auf dem Nachbarkontinent plant und in die Tat umsetzt – womöglich sogar Drohneinsätze in afrikanischen Ländern wie Somalia.

Auch ist ungeklärt, ob Daten, die deutsche Nachrichtendienste an die US-Partner übermittelt haben, genutzt werden, um Angriffsziele für Kampfdrohnen aufzuspüren. Unter Völkerrechtlern herrscht die Auffassung, dass Tötungen durch Drohnen völkerrechtswidrig sind. Der NSA-Untersuchungsausschuss hatte in der vergangenen Legislaturperiode die Frage aufgeworfen. Sie ist unbeantwortet geblieben.